

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1328

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1328



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

RESOLUTION

Bern, 25. Mai 2018

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE – DER SERVICE PUBLIC MUSS GESTÄRKT WERDEN!

Service public heisst, dass alle Menschen qualitativ sehr gute Dienstleistungen zu sozial verträglichen Kosten erhalten - unabhängig von ihrer sozialen Lage und von ihrem Wohnort. Und dass die im Service public tätigen Arbeitnehmenden einen guten Lohn erhalten und zu vorbildlichen Arbeitsbedingungen angestellt werden.

- Die Steuerpolitik muss sich am Finanzbedarf des Service public ausrichten. Wir wehren uns gegen die verheerenden Steuersenkungsprojekte bei Kantonen und Gemeinden. Wir fordern eine Mindestbesteuerung, die den Steuerwettbewerb unter den Kantonen verhindert. Wir wehren uns gegen Sparmassnahmen beim Personal der öffentlichen Hand, namentlich beim Bundespersonal und bei den Angestellten von Kantonen und Gemeinden. Wir wehren uns gegen unsinnige Wettbewerbsexperimente und gegen eine Marktlogik, die den Service public zerstören.
- Die Digitalisierung ist eine Chance, denn damit können die Service public-Angebote auf alle Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet werden. Es braucht einen unbedingten Schutz der Daten der Bevölkerung. Und damit die Versorgung in guter Qualität für alle erhalten bleibt, braucht es heute Investitionen – auch ins Personal. Für das digitale Zeitalter braucht es eine Stärkung des Service public und wir Gewerkschaften werden dafür kämpfen!
- In der Verkehrsbranche, bei Post und Kurierdiensten und im Sozialwesen stehen die Löhne unter Druck. Das zeigt die aktuellste Lohnstrukturerhebung. Akut ist die Situation in der Medienbranche, im Gesundheitsbereich, der Kinderbetreuung und Langzeitpflege. Gute Leistungen hängen von guten Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen ab. Wir fordern die Unterstellung aller Service public-Beschäftigten unter vorbildliche Gesamtarbeitsverträge, die genauso vorteilhaft sind wie es die Leistungen für die Bevölkerung sind. Aufträge der öffentlichen Hand werden nur an Unternehmen erteilt, die Gesamtarbeitsverträgen unterstellt sind.
- SBB, Swisscom und die Post arbeiten in öffentlichem Auftrag. Die Kaderlöhne müssen deshalb auf 500'000 Franken beschränkt werden. Bei Reorganisationen müssen die Arbeitsplätze erhalten werden. Es braucht Weiterbildung und Umschulungen für das Personal anstatt Stellenabbau! Die Unternehmen verfügen heute über Landreserven, die Volksvermögen sind. Diese dürfen nicht nur zur Profitmaximierung veräussert werden.
- Wir lehnen eine Politik ab, die den Service public unter dem Vorwand der Europapolitik abbauen will: keine Verkehrspolitik, die zu Dumpingpreisen und Dumpinglöhnen führt, keine Aufhebung des Kabotage-Verbots, keine Liberalisierung des internationalen und nationalen Personenfernverkehrs, keine Strommarktöffnung!

- Gesundheitsversorgung, Langzeitpflege, Kinderbetreuung als Teil der Volksschule, Bildung und Berufsbildung sind ein öffentlicher Auftrag. Privatisierungen lehnen wir ab.
- Der SGB engagiert sich dafür, dass die Bundesbehörden ein Moratorium zu Liberalisierungen und Privatisierungen des gesamten Service public auf Bundesebene beschliessen, namentlich bei Post und SBB.
- Der SGB entscheidet gemeinsam mit den Verbänden baldmöglichst über eine Strategie zur Durchsetzung des Prinzips, dass der Service public nicht dem Profit dient, sondern die bestmöglichen Leistungen zu erbringen hat.